

EU-Forscherin Seeger im Gespräch

Ein Wahlkampf mit Pauli und Piraten

NÜRNBERG — Am Sonntag ist Europawahl, und kaum einer interessiert's. Liegt das an den Themen, liegt es an den Personen? Darüber sprach NZ-Redakteur Ulrich Künzel mit Sarah Seeger, Mitglied der Forschungsgruppe Europa am Centrum für angewandte Politikforschung in München.

NZ: Frau Seeger, ist es wieder ein eher deutscher Wahlkampf, den die Parteien vor der Europawahl führen, oder endlich ein europäischer?

Sarah Seeger: Es wird ja immer viel geschimpft, dass sich die Europawahlkämpfe gar nicht mit europäischen Themen beschäftigen. Über die letzten Wahlen hinweg zeigt sich aber ein Trend, dass die europäischen Themen an Bedeutung gewinnen. Das sehen wir auch jetzt: Die Parteien gehen durchaus mit europapolitischen Themen in den Wahlkampf. Es ist aber natürlich auch immer wichtig, welche Bedeutung ein Thema für die nationale Ebene hat. Das ist ganz klar gekoppelt, man kann das aber auch gar nicht trennen.



Sarah Seeger

NZ: Welche Themen dominieren?
Seeger: Das übergeordnete Thema, das sich durch alle Parteien, durch alle Länder zieht, ist die Wirtschafts- und Finanzkrise. Und man sieht, dass sich die Parteien hier unterschiedlich positionieren und versuchen, europäische Lösungen anzubieten.

NZ: Welche Konzepte für den Umgang mit der Krise gibt es denn?

Seeger: Fast alle etablierten Parteien sagen, man müsse die Finanzmärkte besser kontrollieren. Es gibt aber einen linken Pol, der möglichst viel gemeinsam europäisch kontrollieren und den europäischen Institutionen dafür sehr viele Kompetenzen geben will. Auf der anderen Seite gibt es sehr viel liberalere Positionen, die das eher unverbindlich koordinieren wollen, ohne gemeinsam zu viele rechtliche Vorschriften zu machen.

NZ: Nicht nur bei den Themen gerät die EU im Wahlkampf schnell mal in den Hintergrund: Bundes- und Landespolitiker verdrängen die Europakandidaten aus der ersten Reihe.

Seeger: Personen spielen bei vielen Parteien noch nicht die große Rolle, zumindest die Personen, die dann auch im Europaparlament sitzen sol-

len. Die FDP ist da eine Ausnahme, die Liberalen hatten ihren Wahlkampf schon 2004 sehr stark auf Silvana Koch-Mehrin konzentriert. Das hat gut geklappt, Frau Koch-Mehrin war danach relativ bekannt. Da gibt es eine klare Aufteilung: Koch-Mehrin macht den Europa-, Westerwelle den Bundestagswahlkampf. Bei anderen Parteien ist die Personalisierung nicht so ausgeprägt. Das liegt einfach daran, dass die Europapolitiker noch nicht den Bekanntheitsgrad erreicht haben, den ein nationaler Politiker hat. Weshalb etwa bei der CSU Seehofer auf den Plakaten zu sehen ist.

NZ: Und wie sieht's bei Frau Pauli und den Freien Wählern aus?

Seeger: Auch da ist der Wahlkampf stark auf die Person zugeschnitten. Bei der Landtagswahl hatte das funktioniert, da war sie ja auch das Zugpferd. Jetzt versucht man, das auf die europäische Ebene zu übertragen. Ich bin gespannt, ob das klappt, weil die Freien Wähler ja eigentlich auf regionaler Ebene verankert sind. Das europäische Parkett ist neu. Zudem haben die Freien Wähler die Herausforderung, sich von der CSU abzugrenzen. Dafür hat sich Frau Pauli das Türkei-Thema herausgegriffen, wo sie sich moderater zeigt als die CSU und sich nicht so deutlich festlegen will, dass die Türkei nicht dazu gehört.

NZ: Wird es reichen für die Freien?
Seeger: Umfragen deuten darauf hin, dass es nicht reicht. Ich denke, sie haben zu spät begonnen, die Partei als europäische Kraft aufzubauen.

NZ: Die Freien Wähler sind in Deutschland mit die spannendste Neuerung auf den Wahlzetteln, in Schweden tritt die Piratenpartei an. Welche schillernde Gruppierung hat sonst Chancen?

Seeger: Eine sehr prominente Rolle spielt Libertas, eine politische Vereinigung, die vom irischen Unternehmer Declan Ganley gegründet und dadurch bekannt wurde, dass sie in Irland massiven Anteil an der Nein-Kampagne gegen den Vertrag von Lissabon hatte. Mit Hilfe großen finanziellen Aufwands und prominenter Mitstreiter ist es Libertas gelungen, europaweit bekannt zu werden. Da könnte es durchaus sein, dass einige Kandidaten ins Europaparlament einziehen. In Deutschland ging die Strategie zwar nicht auf, aber in Tschechien gibt es schon recht viele Unterstützer.

Das CAP-Portal zur Europawahl finden Sie unter www.europa09.eu, eine Hilfestellung zur Wahlentscheidung gibt es unter www.wahl-o-mat.de.



Wer kommt, wer muss gehen? Von morgen an bestimmen Europas Wähler, wer künftig im Parlament in Straßburg sitzt. F.: ap

Kastler und Händel haben die besten Chancen

Zwei Mittelfranken für Europa

VON STEPHAN SOHR

NÜRNBERG — Besser als nichts: So würde wohl die Bilanz der CSU lauten, wenn sie bei der Europawahl am 7. Juni das Ergebnis erreicht, das die jüngst veröffentlichte Prognose „Predict09.eu“ voraussagt: Demnach käme die CSU, die ja nur in Bayern antritt, auf einen bundesweiten Stimmenanteil von 6,7 Prozent – und hätte damit die für den Einzug ins EU-Parlament maßgebliche Fünf-Prozent-Hürde geschafft.

Indes wird die CSU die 57,4 Prozent Stimmenanteil in Bayern, die bei einer Wahlbeteiligung von mageren 39,7 Prozent im Jahr 2004 erreicht wurden und zu neun eigenen Abgeordneten berechtigten, diesmal wohl kaum erreichen können. Das weiß auch der Schwabacher CSU-Europaabgeordnete Martin Kastler, der auf Listenplatz acht kandidiert und sich so nicht sicher sein kann, ob er dem nächsten EU-Parlament wieder angehören wird. Falls nicht, wäre es schon das zweite Mal, dass Kastler sein EU-Engagement nach kurzer Zeit wieder beenden müsste – denn er ist schon

zweimal erst für ausgeschiedene CSU-Parlamentarier nachgerückt.

Trotzdem ist Kastler optimistisch – und hofft, dass die CSU ihre Anhänger auch an die Wahlen lockt. Denn je größer der Stimmenanteil der CSU im Verhältnis zur Wahlbeteiligung ist, umso größer sind die Chancen, dass der 34-jährige Schwabacher es ins EU-Parlament schafft und die Region Nürnberg dort auch weiter einen eigenen Vertreter hat – CSU-Mann Ingo Friedrich hört ja auf.

Wären die Freien Wähler eine kalkulierbare Größe bei der Europawahl, dann könnte man sicher sein, dass es eine mittelfränkische Abgeordnete im EU-Parlament geben wird – denn Spitzenkandidatin ist die ehemalige Fürther Landrätin und CSU-Schockerin Gabriele Pauli. Allerdings erscheint es nahezu unmöglich, dass die Freien Wähler bundesweit über fünf Prozent Stimmenanteil kommen, da sie regional stark unterschiedlich organisiert sind; im Norden sind die Freien Wähler schwach, im Süden verweigern die Freien Wähler in Baden-Württemberg Pauli die Unterstützung. „Frau Pauli kann bleiben, wo sie ist“, meint etwa ein Freie-Wähler-Funktionär aus dem Kreis Esslingen.

Mit höherer Wahrscheinlichkeit könnte es bei der Linken für einen mittelfränkischen Bewerber reichen – wenn die knapp neun Prozent Stim-

mentanteil eintreffen, die die Prognose vorgibt. Denn auf Platz vier der Bundesliste kandidiert der Fürther Gewerkschaftssekretär Thomas Händel.

Dagegen haben SPD, FDP und Grüne Bewerber aus Mittelfranken nicht auf die aussichtsreichen Listenplätze platziert. Als gesamt-bayerischer Spitzenkandidat fungiert bei der SPD Wolfgang Kreißl-Dörfler auf Platz fünf der Liste, gleich dahinter Ralf Mattes – beide aus München.

Erst auf Platz 80 kommt der Wendelsteiner Piotr Drozynski – aussichtslos, selbst dann, wenn die SPD wie prognostiziert bundesweit um über acht Prozentpunkte zulegen könnte. Bisher hat die SPD nämlich nur 23 EU-Abgeordnete.

Bei der FDP kandidiert als bayerische Spitzenkandidatin Nadja Hirsch aus München auf Platz neun. Zehn Prozent werden den Liberalen vorhergesagt. Mittelfränkischer Spitzenkandidat ist der Pleinfelder Rechtsanwalt Horst Farr – chancenlos. Die Grünen haben überhaupt keinen mittelfränkischen Bewerber auf ihrer Bundesliste. Andere Parteien werden die Fünf-Prozent-Hürde nicht schaffen.



Martin Kastler



Thomas Händel

Die Parteien und ihre Programme zur Europawahl						
Schwerpunkte	Die CSU sieht sich als Stimme Bayerns in Europa. Eines ihrer Kernanliegen ist das Subsidiaritätsprinzip: In Brüssel soll nur geregelt werden, was dort geregelt werden muss. Vor Erweiterungen und bei wichtigen Integrationschritten wie Änderungen des Verfassungsvertrags sollen Volksentscheide durchgeführt werden.	Die SPD tritt für ein „Soziales Europa“ ein und möchte verbindliche Sozialstandards auf europäischer Ebene festlegen. Diese Sozialunion soll das gleiche Gewicht erhalten wie Wirtschafts- und Währungsunion und in ganz Europa gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort bieten.	Die Grünen wollen durch einen grünen „New Deal“ soziale Gerechtigkeit mit ökologischer Verantwortung und nachhaltiger Wirtschaftspolitik verbinden. Dabei sollen die Finanzmärkte reguliert werden und durch Milliardeninvestitionen in den Klimaschutz soll eine neue wirtschaftliche Dynamik entstehen.	Der Linken ist die EU zu neoliberal. Sie möchte ein soziales Europa aufbauen und wichtige Infrastrukturbereiche verstaatlichen, statt sie dem freien Wettbewerb zu überlassen. „Demokratische Teilhabe“ und „weltweiter Frieden“ sind weitere wichtige Schlagworte: So soll eine Militarisierung der EU verhindert werden.	Die FDP möchte die europäische Zusammenarbeit bei der Finanzmarktaufsicht verbessern, das wirtschaftliche Wettbewerbsprinzip soll aber nicht durch zu viel Regulierung gefährdet werden. Dazu kommt die Vision eines „Europas der Bürger“: Das Parlament soll über Bürgerrechte und den Datenschutz mitentscheiden.	Die Freien Wähler möchten die Demokratie in der EU stärken. Volksbegehren und andere direktdemokratische Elemente sollen den Bürgern Europa näher bringen. Zudem sollen die Kommunen gestärkt werden, die Europapolitik „darf sich nicht mehr so sehr in die Belange der Mitgliedsstaaten einmischen“.
EU-Verfassung	Die CSU unterstützt den Reform-Vertrag von Lissabon, wengleich Parteimitglied Peter Gauweiler dagegen vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gezogen ist.	Die SPD unterstützt den Vertrag von Lissabon. Langfristig wird aber eine „demokratisch verfasste Bürgerunion“ angestrebt, die den europäischen Integrationsprozess weiter vertieft.	Die Grünen stützen den Reform-Vertrag, peilen aber eine EU-Verfassung mit garantierten Bürgerrechten an. Es soll europäische Bürgerbegehren und EU-weite Referenden geben.	Die Linke klagt in Karlsruhe gegen den Reform-Vertrag und hat im Bundestag dagegen gestimmt. Sie will einen neuen, sozialeren Grundlagenvvertrag, über den dann alle EU-Bürger abstimmen.	Die FDP ist für den Vertrag von Lissabon und fordert EU-Volksentscheide. Die Liberalen sind für ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, in dem manche Länder enger zusammenarbeiten.	Über Reform-Vertrag und weitreichende Entscheidungen wie den Beitritt der Türkei sollen die Bürger bestimmen. Das Parlament soll gegenüber Kommission und Ministerrat gestärkt werden.
Erweiterung	Ohne Reform der EU-Institutionen soll es nach Kroatiens Beitritt keine neue Erweiterungsrunde geben. Der Türkei bietet die CSU eine „privilegierte Partnerschaft“ an, keine Vollmitgliedschaft.	Die SPD ist für die Fortsetzung der Erweiterungspolitik als Friedenspolitik. Die Türkei soll EU-Mitglied werden, wenn sie am Ende des Verhandlungsprozesses alle Aufnahmekriterien erfüllt.	Die Grünen halten an der bisherigen Erweiterungstrategie fest: Alle europäischen Staaten sollen eine Beitrittsperspektive erhalten, ausdrücklich gilt dies auch für die Türkei.	Auch die Linke spricht sich für eine grundsätzliche Fortsetzung der bisherigen Erweiterungspolitik der Europäischen Union aus.	Die FDP unterstützt weitere Beitritte nur, wenn die EU „aufnahmefähig“ ist, also erst nach Annahme des Reform-Vertrags. Die Türkei-Verhandlungen sollen ergebnisoffen fortgesetzt werden.	Die Freien Wähler stehen Erweiterungen der EU und auch der Aufnahme der Türkei nicht ablehnend gegenüber, verlangen aber eine Einbeziehung der Bürger in die Entscheidungsprozesse.
Wirtschaft und Soziales	Die CSU will gemeinsame soziale Mindeststandards in Europa. Sie ist aber gegen eine vollständige Harmonisierung der Sozialpolitik, um das hohe Niveau der sozialen Sicherung in Deutschland nicht zu gefährden.	Die SPD fordert eine Sozialunion mit sozialem Stabilitätspakt und einem Pakt gegen Lohndumping. Verbindliche Sozialstandards sollen jedem EU-Staat zugute kommen, ohne bestehende nationale Regelungen abzuwerten.	Die Grünen verlangen Mindestlöhne in jedem EU-Staat und höhere Sozialstandards. Im Rahmen des grünen „New Deal“ – eine Art ökologisch-sozialer Gesellschaftsvertrag – sollen Milliarden in Klimaschutz und Bildung investiert werden.	Eine „Wirtschaftsregierung“ der EU soll die Finanz- und Wirtschaftspolitik koordinieren. Strom-, Gas-, Wasser- und Schienennetze sowie „bedeutende Unternehmen“ sollen öffentliches Eigentum werden. Für EU-Sozialstandards und Mindestlöhne.	Die Liberalen fordern die Senkung der Stromsteuer und ermäßigte Mehrwertsteuersätze. Für den Abbau der milliardenschweren Agrarsubventionen. Betonung des Wettbewerbsprinzips als wirtschaftspolitisches Kernelement.	Nach Willen der Freien Wähler darf die EU nicht allein eine Wirtschaftsgemeinschaft sein: Soziale Sicherheit statt Gewinnmaximierung und Sozialdumping, dezentrale Wirtschaftsstrukturen statt Marktmonopole, auch im Agrarbereich.
Umwelt und Energie	Die CSU setzt auf Energiesparen, den Ausbau erneuerbarer Energien und CO ₂ -freie Energieerzeugung (Atomkraft). Über den Einsatz Grüner Gentechnik soll nicht die EU entscheiden.	Die SPD lehnt die Kernkraft ab. Die Partei fordert eine über das EU-Klimapakett hinausgehende Klimaschutzrichtlinie, die auch Maßnahmen für Landwirtschaft, Bau und Verkehr vorgibt.	Die Grünen lehnen Atomkraft als „Hochrisikotechnologie“ ab. Um den CO ₂ -Ausstoß in Europa dennoch bis 2050 um 95 Prozent zu senken, wollen sie auf erneuerbare Energien umsteigen.	Die Linke fordert mehr EU-Gelder für den Schutz des Klimas und der Regenwälder. „Radikale ordnungspolitische Eingriffe in die Energiewirtschaft“ sollen den Emissionshandel ersetzen.	Auch im Umweltbereich setzt die FDP auf mehr Markt und Eigenverantwortung. Die EU soll sich für verbindliche Klimaziele einsetzen und ihren Emissionshandel weltweit vernetzen.	Die Freien lehnen Grüne Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Den Klimaschutz sehen sie als Wirtschaftsfaktor und setzen auf dezentrale Energieerzeugung in öffentlicher Hand.